

Die Relevanz idealer Theorie bei der Beurteilung praktischer Probleme

Jürgen Sirsch*

Schlüsselwörter: ideale und nichtideale Theorie, Ideologie, Rawls, Geuss, Sen

Abstract: Der Aufsatz diskutiert die adäquate Rolle idealer Theorie bei der Diskussion praktisch-politischer Fragen. Zugrunde gelegt wird eine Rekonstruktion von Rawls' idealtheoretischer Methode, um zu untersuchen, ob dieses Verständnis idealer Theorie zentralen Kritikpunkten von Raymond Geuss und Amartya Sen standhalten kann. Während Geuss bezweifelt, dass ideale Theorie geeignet ist, eine adäquate kritische Position gegenüber den bestehenden Verhältnissen einzunehmen, konzentriert sich Sens Kritik auf die praktische Nützlichkeit idealtheoretischer Modelle. Ich werde zeigen, dass Rawls' Verständnis idealer Theorie dieser Kritik standhält. Zusätzlich soll gezeigt werden, dass diese Form von idealer Theorie einen nützlichen Beitrag zur Lösung praktischer Probleme leistet.

Abstract: The paper discusses the adequate role of ideal theory for the discussion of practical problems. Therefore, I will reconstruct the Rawlsian understanding of the ideal-theoretical method and confront it with the critiques of Raymond Geuss and Amartya Sen. While Geuss is sceptical, whether ideal theory provides an appropriately critical perspective, Sen doubts the practical usefulness of ideal-theoretical models. It will be shown, that Rawlsian ideal theory can deal with these criticisms and that it is a useful tool for solving practical problems.

1. Einleitung

Die Diskussion der praktischen Nützlichkeit normativer Theorie steht seit einiger Zeit verstärkt im Mittelpunkt politiktheoretischer Überlegungen. Meist wird die Nützlichkeit idealer Theorie zur Lösung praktischer Probleme diskutiert.¹ Hierbei wird häufig vorausgesetzt, dass es ein zentrales Anliegen politischer Philosophie sein sollte, praktische Empfehlungen zu formulieren (Valentini 2009: 333). Obwohl es durchaus gute Gründe gibt, praktische Anwendbarkeit nicht als einziges legitimes Ziel anzusehen (ebd.), wird dieser Aufsatz² einzig auf die Frage der *praktischen* Nützlichkeit idealer Theorie eingehen.

* Jürgen Sirsch M. A. M. Sc., Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Kontakt: sirsch@politik.uni-mainz.de

1 Vgl. Wiens (2012); Geuss (2011); Simmons (2010); Schaub (2010); Sen (2009; 2006); Valentini (2009); Swift (2008).

2 Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag, gehalten auf der Jahrestagung der DVPW-Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte am 29.09.2011 in Bremen. Für hilfreiche Kommentare danke ich den Herausgebern Dirk Jörke und Frank Nullmeier, den TeilnehmerInnen des Doktorandenkolloquiums Politische Theorie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und insbesondere Claudia Landwehr, Karl Marker, Barbara

Unter idealer Theorie versteht man allgemein: „(A)ny theory constructed under false, that is, idealised, assumptions, which make social reality appear significantly ‚simpler and better‘ than it actually is“ (Valentini 2009: 332). Ideale Theorie formuliert auf der Grundlage von teilweise idealisierenden Annahmen über die Realität Verbesserungsvorschläge für das menschliche Zusammenleben. Dementsprechend wird idealtheoretischen Analysen häufig vorgeworfen, sie seien abstrakt und die erarbeiteten Vorschläge utopisch. Infolgedessen hätten die Empfehlungen keine praktische Relevanz, weil es meist an Modellierungen der kausalen Mechanismen fehle, die erwünschte oder unerwünschte soziale Zustände erzeugen (Wiens 2012: 46–48, 51). Die Kritik von Wiens und anderen³ richtet sich jedoch zumeist gegen bestimmte ideale Theorien oder wenig entwickelte idealtheoretische Ansätze, obwohl beansprucht wird, ideale Theoriebildung insgesamt zu kritisieren.⁴ Deshalb soll in diesem Aufsatz zunächst der idealtheoretische Ansatz von John Rawls rekonstruiert werden, um anhand dieses Ansatzes die Kritik diskutieren zu können. Ich werde die These vertreten, dass bei Rawls schon eine für praktische Zwecke nützliche Vorstellung von idealer Theorie angelegt ist. Die zentrale Frage des Aufsatzes lautet daher, ob die weitverbreitete Kritik an idealer Theorie – im Hinblick auf ihre praktische Relevanz – den im Anschluss an Rawls entwickelten idealtheoretischen Ansatz unterminieren kann.

Ich möchte mich insbesondere mit der Kritik von Raymond Geuss befassen, da sie umfassend ist und bisher eher wohlwollend aufgenommen wurde.⁵ Geuss kritisiert ideale Theorie als wirklichkeitsfremd, autoritär, unpolitisch und ideologisch. Ebenso wird ihre praktische Anwendbarkeit bezweifelt (Geuss 2011). Da Geuss wenig zum Vorwurf der praktischen Irrelevanz idealer Theorie sagt, sollen in dieser Frage insbesondere die Argumente von Amartya Sen (2009; 2006) diskutiert werden. Ich werde die Argumente der genannten Autoren analytisch rekonstruieren und mit dem hier vertretenen idealtheoretischen Ansatz konfrontieren.

Im Folgenden werde ich zunächst Rawls' Vorstellung idealer Theorie rekonstruieren (Abschnitt 2), um auf dieser Basis die Kritik von Geuss (Abschnitte 3 und 4) und Sen (Abschnitt 5) zu diskutieren. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, eine detaillierte Darstellung von Rawls' eigenen Ideen zu liefern, sondern eine möglichst klare, nützliche

Müller, Annette Schmitt, Doris Unger und Ruth Zimmerling sowie den TeilnehmerInnen der Bremer Tagung, insbesondere Jörg Schaub und Thomas Schramme.

3 Siehe Farrelly (2007), Sen (2006) und Goodin (1995a).

4 Wiens (2012: 45) verwendet beispielsweise eine sehr breite Definition des *ideal guidance approach*: Ideale Theorie erarbeite ein Ideal, in Form von Prinzipien, die unter Bedingungen vollkommener Gerechtigkeit gelten würden. Reformvorschläge würden anhand der Ähnlichkeit zu dem Ideal beurteilt (ebd.: 48–49). Wiens (ebd.: 49–53) kritisiert dann stellvertretend den idealtheoretischen Ansatz von Allen Buchanan im Hinblick darauf, dass dieser empirische Restriktionen bei der Erarbeitung institutioneller Designs nicht beachte („feasibility“). In seiner Definition des idealtheoretischen Ansatzes macht Wiens jedoch keine Aussagen darüber, inwiefern *feasibility*-Überlegungen mit dem idealtheoretischen Ansatz inkompatibel sind und welche Rolle empirische Überlegungen in idealer Theorie spielen. Wiens (ebd.: 46) fordert zudem, dass politische Philosophie stärker kausale Mechanismen berücksichtigen solle. Dem ist zwar zuzustimmen, hat aber nicht prinzipiell etwas mit der Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie zu tun. Wiens' Vorwürfe resultieren daraus, dass er sich nicht ausreichend mit dem idealtheoretischen Ansatz auseinandersetzt. Auf der Grundlage einer so allgemeinen Vorstellung von idealer Theorie ist es nicht möglich, generelle Aussagen über die Nützlichkeit idealer Theorie zu machen, denn hierfür ist eine genauere Analyse der verschiedenen Stufen der Konstruktion idealer Theorie notwendig (Valentini 2009: 333, 352).

5 Vgl. Schaub (2010) und Freyenhagen/Schaub (2010); für Kritik vgl. Kelly (2011).

und starke Vorstellung von idealer Theorie zu skizzieren und diese anhand der Kritik zu überprüfen. Bei der Diskussion der Positionen werde ich Argumente anführen, die nicht nur die Kritik unterminieren, sondern auch die Notwendigkeit idealer Theorie zur adäquaten Lösung praktischer Fragen demonstrieren.

2. Rekonstruktion von Rawls' Vorstellung idealer Theorie

Ideale politische Theorie entwirft eine Vorstellung der bestmöglichen und prinzipiell realisierbaren politischen Verfassung einer Gesellschaft und entwickelt ideale Prinzipien und Institutionendesigns (Rawls 1999: 216; Simmons 2010: 7 ff.). Ideal ist eine solche Ordnung, weil aktuelle politische Hindernisse ihrer Realisierung ausgeblendet werden („strict compliance“, Rawls 1999: 7). Beispielsweise wird nicht berücksichtigt, dass es für bestimmte Reformen, die zur Realisierung eines Ideals notwendig wären, zurzeit keine zu deren Umsetzung notwendigen politischen Mehrheiten gibt. Man tut so, als ob es möglich wäre, die institutionelle Ordnung einer Gesellschaft ohne politische Hindernisse zu planen. Allerdings müssen sozialtechnologische Restriktionen berücksichtigt werden, so dass die ideale Ordnung, wenn sie realisiert wäre, auch die erwünschten Ergebnisse produzieren und stabil sein würde. Wenn beispielsweise bestimmte Arten der Organisation der Wirtschaft oder des Sozialstaats nicht funktionsfähig erscheinen, wenn man unser Wissen über die Funktionsweise sozialer Institutionen zugrunde legt, dann kommen sie nicht als Ideal in Frage (Simmons 2010: 7 ff.; Mason 2010: 660; Cohen 2009: 55; Farrelly 2007: 846–848).

Um die Kritik am idealtheoretischen Ansatz bewerten zu können, benötigt man eine genauere Vorstellung davon, welche Konstruktionselemente eine ideale Theorie aufweist. Zunächst können drei Stufen idealer Theoriebildung unterschieden werden:

1. Formulierung von Konstruktionsannahmen,
2. Bestimmung idealer Prinzipien und
3. Bestimmung idealer Institutionen (institutionelles Design).

Auf der ersten Stufe kann zwischen verschiedenen Arten von Konstruktionsannahmen unterschieden werden:

- a) empirische Konstruktionsannahmen,
- b) ethische⁶ Konstruktionsannahmen und
- c) Konstruktionsannahmen bezüglich des Anwendungsbereichs.

Unter empirischen Konstruktionsannahmen verstehe ich Annahmen über den historischen, ökonomischen oder kulturellen Kontext und Annahmen hinsichtlich der Funktionsweise menschlicher Gesellschaften in Form allgemeiner psychologischer und sozialwissenschaftlicher Gesetze und Regelmäßigkeiten (vgl. Rawls 1999: 109 ff., 118 ff.). Die empirischen Konstruktionsannahmen liefern Restriktionen und Möglichkeiten bei der Konstruktion des Ideals, so dass nicht eine utopische, sondern eine realistische Konstruktion resultiert (Simmons 2010: 7–8).

6 Ethik verstehe ich analog zur Moralphilosophie, nämlich als die philosophische Beschäftigung (im Sinne von Begründung – also normativ – nicht positiv) mit Moral, verstanden als „vielschichtige[s] System der Regeln, Normen und Wertmaßstäbe“ (Birnbacher 2003: 2), allerdings nicht bezogen auf Fragen persönlicher Lebensführung, wie Ethik auch häufig verstanden wird (ebd.: 2–3). Ich danke den Herausgebern für den Hinweis auf mögliche Missverständnisse diesbezüglich.

Ethische Konstruktionsannahmen bilden die normativen Grundannahmen idealer Theorie. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Annahmen bezüglich des Verfahrens zur Konstruktion von Prinzipien wie zum Beispiel Rawls' *Urzustand*, in dem die Werte Gleichheit, Freiheit und Unparteilichkeit sowie instrumentelle Rationalität und Vernunft abgebildet werden (Rawls 1999: 102–168). Die ethischen Konstruktionsannahmen müssen selbstverständlich normativ begründet werden (vgl. ebd.: 11–12, 14).

Bei den Annahmen bezüglich des Anwendungsbereichs einer idealen Theorie geht es darum festzulegen, für welchen Gegenstandsbereich ein Ideal konstruiert werden soll, das heißt, welche Fragen man mit der idealen Theorie beantworten möchte. Hierbei müssen bestimmte Aspekte der Realität von der Betrachtung ausgeschlossen werden (vgl. Rawls 1999: 15),⁷ die dann in den empirischen Konstruktionsannahmen nicht berücksichtigt werden.

Auf der Grundlage der empirischen und moralischen Konstruktionsannahmen werden auf der *zweiten Stufe* idealer Theoriekonstruktion Prinzipien formuliert.⁸ Diese Prinzipien spezifizieren,

1. welche Werte durch die idealen Institutionen realisiert und
2. wie diese Werte untereinander gewichtet werden sollen.

Basierend auf den Prinzipien und den empirischen Konstruktionsannahmen kann schließlich auf der *dritten Stufe* das institutionelle Design einer idealen Gesellschaftsordnung erfolgen. Hierbei wird auf der Grundlage der Prinzipien und des sozialwissenschaftlichen Wissens⁹ über die Funktionsweise menschlicher Gesellschaften ein ideales Institutionendesign entworfen. Gesellschaftliche Institutionen sollen bestimmte Werte realisieren. Welche Institutionen hierfür geeignet sind, kann nur auf der Basis empirischer Überlegungen bezüglich der Wirkungsweise von Institutionen (unter Berücksichtigung relevanter historischer Kontextvariablen) auf der Grundlage der idealen Prinzipien bestimmt werden (Rawls 1999: 234, 242). Auf dieser Stufe ist es bei manchen Fragen sinnvoll, mehr empirische Kontextvariablen zu berücksichtigen als bei der Konstruktion der Prinzipien (Valentini 2009: 352–353; Rawls 1999: 172–176), beispielsweise die Berücksichtigung internationaler Handelsströme bei der Frage nach adäquaten wohlfahrtsstaatlichen Institutionen. Das bedeutet, dass ideale Theorie auf der Stufe des Institutionendesigns¹⁰

7 Es macht beispielsweise keinen Sinn, bei der Frage nach der adäquaten Regulierung von Migration von „closed societies“ (Rawls 1999: 7) auszugehen. Dieser Aspekt kann jedoch vernachlässigt werden, wenn er für die zu behandelnde Frage irrelevant ist. Das ist der Fall, wenn die nicht berücksichtigten beziehungsweise idealisierten Aspekte der Realität so gewählt sind, dass die Fragen, die in den Anwendungsbereich fallen, auf der Grundlage einer empirisch adäquaten Charakterisierung des jeweils relevanten Gegenstandsbereichs untersucht werden können, so dass die kausalen Mechanismen erfasst werden, die für die Generierung der erwünschten sozialen Ergebnisse relevant sind (Valentini 2009: 351). Bei der Kritik an Abstraktion und Idealisierung sollte beachtet werden, dass Abstraktion ein notwendiger Bestandteil jeder Auseinandersetzung mit der Realität ist. Die relevante Frage ist daher nicht, ob Aspekte der Realität nicht beachtet werden, sondern welche (Sen 1982: 433).

8 Bei Rawls (1999: 102–168) entspricht das der Argumentation für die Gerechtigkeitsprinzipien (die idealen Prinzipien) auf der Grundlage des Urzustandes (den Konstruktionsannahmen).

9 Die Frage, welcher Anspruch mit dem Begriff Wissen verbunden wird, kann ich an dieser Stelle nicht beantworten, gehe aber davon aus, dass die Sozialwissenschaften über hinreichend sozialtechnologisch nutzbare Theorien und Modelle verfügen. Vgl. hierfür die Beiträge in Goodin (1995b) sowie Brennan/Pettit (2007).

10 Rawls (1999: 234) erarbeitet auf dieser Stufe jedoch keine konkreten Institutionendesigns, da er von einer klaren Arbeitsteilung zwischen PhilosophInnen und SozialwissenschaftlerInnen auszugehen scheint.

im Anschluss an Rawls durchaus unterschiedliche Kontexte berücksichtigt. Da Institutionen relativ stabil und nicht beliebig veränderbar sind (das ist eine empirische Restriktion), sollten sie unter verschiedenen historischen Bedingungen gute Ergebnisse liefern. Das bedeutet, dass das Ideal durchaus ein langfristiges Ziel für institutionelle Reformen darstellen und nicht auf zu konkrete Umstände zugeschnitten sein sollte (Rawls 1999: 231).

Die bisherigen Schritte sind Teile idealer Theorie. Im Folgenden soll aber die Frage beantwortet werden, ob ideale Theorie hilfreich zur adäquaten Lösung von Problemen unter realistischen, nichtidealen Bedingungen ist (vgl. Rawls 1999: 216). Nichtideale Theorie im Rahmen des idealtheoretischen Ansatzes behandelt praktische Probleme durch Rückgriff auf die Ergebnisse idealer Theorie, wenn die Implementierung idealer Institutionen zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist (Simmons 2010: 12 ff.; Rawls 1999: 215–216). Viele VertreterInnen idealer Theorie (beispielsweise Simmons 2010: 12 ff.; Swift 2008; Rawls 1999) vertreten die These, dass ideale Theorie auch dann ein sinnvolles Unterfangen ist, wenn wir nicht in der Lage sind, die institutionellen Vorschläge idealer Theorie direkt umzusetzen. Unter nichtidealen Umständen können dann die idealen Prinzipien verwendet werden, um Alternativen in eine Rangfolge zu bringen. Selbstverständlich sollte hierbei auch die Effektivität der Maßnahmen berücksichtigt werden (Simmons 2010: 19). Diese Alternativen müssen dann zusätzlich noch anhand der Wahrscheinlichkeit bewertet werden, mit der sie die Implementierung der idealen Institutionen in der Zukunft voranbringen, wofür man jedoch eine ausgearbeitete Version idealer Institutionendesigns benötigt (Simmons 2010: 7, 12, 18–19). Im Folgenden untersuche ich, beginnend mit Geuss' Kritik, die wichtigsten Kritikpunkte am idealtheoretischen Vorgehen.

3. Geuss' Gegenentwurf einer realistischen politischen Philosophie

In *Kritik der politischen Philosophie*¹¹ (2011) polemisiert Geuss gegen ideale Theorie im Sinne Rawls' und skizziert einen alternativen ‚realistischen Ansatz‘. Zunächst werde ich seinen realistischen Ansatz grob skizzieren, um dann in den folgenden Abschnitten auf seine wichtigsten Kritikpunkte genauer einzugehen.

Ein wichtiges Ziel der realistischen politischen Philosophie ist es ebenfalls, praktische Empfehlungen zu erarbeiten (‚Orientierung‘) und Kritik an bestehenden Verhältnissen zu üben (Geuss 2011: 60–64, 75 ff.). Realismus bedeute, dass *vorhandene* Institutionen einer Gesellschaft und die tatsächlichen (politisch-einflussreichen) Wertvorstellungen im Zentrum der politischen Philosophie stehen sollten. Politische PhilosophInnen sollen sich nicht mit der Konstruktion von Idealvorstellungen beschäftigen, sondern mit den empirisch vorhandenen Institutionen und Ideen (ebd.: 22–23). Hierbei müsse insbesondere die Analyse von Machtbeziehungen und Ideologien im Zentrum stehen. Machtbeziehungen seien allgegenwärtig; die zentrale Frage in politischen Kontexten laute daher: „Wer ‚tut‘ wem was zu wessen Nutzen?“ (Geuss 2011: 41)

Ihre kritische und praktische Funktion solle politische Philosophie durch Ideologiekritik erfüllen. Ideologiekritik verfare historisch-genealogisch, indem die Entstehung

11 Das Buch ist 2008 in englischer Sprache unter dem Titel *Philosophy and Real Politics* erschienen; Geuss selbst bevorzugt die deutschsprachige Version, da der Text hierfür überarbeitet und ergänzt wurde (Geuss 2011: 8).

von Ideologien durch Aufdeckung der zugrundeliegenden Machtverhältnisse verständlich gemacht werde (ebd.: 75 ff.). Für ideale Theorie sieht Geuss hierbei keine produktive Rolle. Dies begründet er damit, dass ideale Theorie selbst ideologisch sei (ebd.: 122). Außerdem sei ideale Theorie für die Beantwortung praktischer Fragen nicht brauchbar (ebd.: 31). Den ersten Vorwurf werde ich in Abschnitt 4 untersuchen, die praktische Nützlichkeit idealer Theorie wird auf der Grundlage von Sens Kritik in Abschnitt 5 diskutiert.

4. Ideale Theorie als Ideologie

Geuss' zentraler Kritikpunkt an idealer Theorie ist der Vorwurf, dass ideale Theorie ideologisch sei (Freyenhagen/Schaub 2010: 458), und zwar deswegen, weil sie bestehende Machtverhältnisse systematisch ausblende (Geuss 2010: 428; 2008: 94).

Geuss versteht unter Ideologie Folgendes:

„Eine Ideologie besteht [...] aus einer Reihe von Überzeugungen, Einstellungen und Präferenzen, die infolge der Funktionsweise bestimmter Machtverhältnisse verzerrt sind. Die Verzerrung wird typischerweise darin bestehen, die betreffenden Überzeugungen, Wünsche und dergleichen so darzustellen, als seien sie wesensmäßig mit einem allgemeinen Interesse verbunden, obwohl sie tatsächlich partikularen Interessen dienen.“ (Geuss 2011: 78)

Im Verlauf des Textes finden sich verschiedene Kritikpunkte an idealer Theorie in Bezug auf Ideologie sowie Skizzen eines alternativen Ansatzes:

1. die Forderung, dass ideale Theorie Machtverhältnisse berücksichtigen solle, da sie sonst diese nicht kritisieren könne beziehungsweise selbst ideologisch werde (Geuss 2011: 123–124),
2. den Vorwurf, dass ideale Theorie ideologisch sei, weil sie auf unzuverlässigen moralischen Intuitionen beruhe (Geuss 2011: 124–125, 135–136).
3. Geuss schlägt stattdessen ein historisches Vorgehen vor, um gesellschaftliche Verhältnisse zu kritisieren (vgl. Geuss 2008: 51–55).

Der folgende Abschnitt 4.1 widmet sich der ersten Forderung und Abschnitt 4.2 beschäftigt sich mit dem Ideologievorwurf und Geuss' Alternativvorschlag.

4.1 Die Berücksichtigung von Machtverhältnissen in idealer Theorie

Geuss (2011: 123–124) kritisiert, dass bei Rawls und der an ihn anschließenden Literatur Macht kaum diskutiert wird und Machtverhältnisse zu wenig beachtet werden:

„Die beim Grundsatz vom Schleier des Nichtwissens offenbar vorausgesetzte Idee – dass man mit den Machtverhältnissen besser umgeht, wenn man sie vertuscht, ignoriert oder einfach wegwischt – wirkt doch sehr naiv.“ (ebd.: 124)

Weiter schreibt Geuss, dass dieses Versäumnis dazu führe, dass die ideale Theorie von Rawls ideologisch werde:

„In dem Maße, wie Rawls die Aufmerksamkeit vom Phänomen der Macht und deren Einfluss auf unser Leben und unsere Weltsicht *weg* lenkt, ist seine Theorie selbst ideologisch.“ (ebd., Hervorhebung im Original)

Im Anschluss hieran kritisiert Geuss die zentrale Rolle von Intuitionen in Rawls' Theorie (ebd.: 124–127). Hierauf werde ich in Abschnitt 4.2 zurückkommen.

Zunächst muss geklärt werden, inwiefern ideale Theorie in dieser Form wirklich unsere Aufmerksamkeit von Ideologie und Machtverhältnissen, die diese reproduzieren, ablenkt. Es stellt sich die Frage, ob die Konfiguration des Urzustandsmodells mit dem Schleier des Nichtwissens und der Ausblendung faktischer Machtverhältnisse Rawls' Theorie ideologisch macht. Wenn man unter Ideologie, wie Geuss, Überzeugungen versteht, die durch Machtverhältnisse beeinflusst werden, dann formuliert das Urzustandsmodell ja gerade den Anspruch, solche Einflüsse herauszufiltern.¹²

Zweitens soll untersucht werden, ob eine ideale Theorie durch die stärkere Berücksichtigung von Machtverhältnissen eher zur Entdeckung von Ideologien beitragen könnte als in einer Form, die Machtverhältnisse nicht berücksichtigt. Hierbei ist es wichtig zu beachten, dass Geuss übersieht, dass ideale Theorie Machtfragen nicht auf allen Ebenen ausblendet, sondern nur auf der Ebene der ethischen Konstruktionsannahmen: Bei der Konstruktion der idealen Prinzipien und noch mehr der idealen Institutionen werden permanente Aspekte der sozialen Welt berücksichtigt, so dass Machtfragen auf diesen Stufen als wichtige empirische Restriktionen beachtet werden (vgl. Valentini 2009: 351; Rawls 1999: 173). Diese Sensibilität für machtpolitische Faktoren bei Rawls wird deutlich, wenn er fordert, dass die Möglichkeiten zu politischer Beteiligung nicht ungleich verteilt sein dürfen,¹³ und zwar explizit im Hinblick auf das Problem ungleich verteilter ökonomischer Ressourcen und der daraus resultierenden Gefahr der Dominanz von Interessen der Wohlhabenden in einem demokratischen System (Rawls 1999: 197–199).

Hiermit scheint Geuss aber nicht zufrieden zu sein und eine stärkere Berücksichtigung von Machtverhältnissen zu fordern (siehe oben). Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten, wie bestehende Machtverhältnisse bei der Konstruktion idealer Theorien zusätzlich noch berücksichtigt werden könnten:

- a) Sie könnten über die Berücksichtigung genereller Mechanismen der Machtpolitik hinaus in den *empirischen* Konstruktionsannahmen berücksichtigt werden. Das hieße, bestimmte historische Machtkonfigurationen als empirische Restriktionen hinzunehmen und so von Kritik auszuschließen.
- b) Sie könnten innerhalb der *ethischen* Konstruktionsannahmen berücksichtigt werden, wodurch sie den Status normativ relevanter Faktoren erhielten.

Eine stärkere Berücksichtigung von Machtverhältnissen in idealer Theorie in a) und b) führt jedoch auf unterschiedliche Weise dazu, dass bestehende Machtverhältnisse zu sozialen Konstanten aufgewertet werden:

Im Falle von a) würde man implizieren, dass bestimmte aktuell vorhandene politische Machtkonfigurationen notwendige Bestandteile jeder gesellschaftlichen Ordnung sind. Hierdurch würde ideale Theorie die Eigenschaft verlieren, diese Machtverhältnisse und die von ihnen getragene Ordnung durch den Entwurf eines idealen Gegenmodells kritisieren zu können. Im Extremfall könnte man nicht mehr von normativer Theorie sprechen, da die normative Theorie in diesem Falle keinen Spielraum hätte, etwas anderes zu fordern als das, was sowieso schon geschieht (Estlund 2008: 263). Zudem wissen wir, dass politisch-institutionelle Ordnungen im Rahmen bestimmter Restriktionen historisch wan-

12 Hierzu werde ich mehr sagen, wenn Geuss' Alternativvorschlag diskutiert wird (Abschnitte 4.2–4.3).

13 Rawls (1999: 198) bezeichnet dies als „fair value of political liberty“.

delbar sind. Die unveränderlichen Restriktionen sollten berücksichtigt werden, die historisch zufälligen Faktoren jedoch nicht.¹⁴ Dies ist auch im Sinne von Geuss, der ja gerade den Einfluss historischer Machtkonstellationen kritisieren möchte (vgl. Geuss 2011: 79).

Im Falle von b) würden bestehende Machtkonstellationen zu ethisch relevanten Restriktionen aufgewertet. Anstatt zu überlegen, inwiefern sich bestimmte Machtkonstellationen rechtfertigen lassen, würde deren Legitimität unkritisch vorausgesetzt. Deshalb sollten bestehende Machtverhältnisse gerade *nicht* als Ausgangspunkt ethischer Argumentationen dienen (Barry 1989: 162–163, 331). Ein größerer Realismus in idealer Theorie in diesem Punkt – wie ihn Geuss fordert – wäre somit ideologisch im Sinne von Geuss:

Eine Modellierung beispielsweise von Sklaverei im Rahmen des Urzustandes würde einen Nachteil für diejenigen, die in den Urzustand als SklavInnen eintreten, bedeuten, da es ihre Verhandlungsposition aufgrund ihres vergleichsweise schlechteren Status quo gegenüber den Sklavenhaltern schwächen würde (vgl. ebd.: 33). Der Grund für die Nichtmodellierung von bestehender Ungleichheit im Urzustand ist, dass die Parteien kein Recht auf die unter unfairen Bedingungen erworbenen Ressourcen haben (Barry 1989: 298): „If this original position is to represent the circumstances of impartiality, it seems that it must block the ability of the powerful to impose their will on others.“ (ebd.: 331)

Der entscheidende Punkt ist, dass die Forderung von Geuss nach der stärkeren Berücksichtigung von Machtverhältnissen bei der *Konstruktion* idealer Theorie kontraproduktiv ist: Aus der Tatsache, dass bei der Konstruktion idealer Theorie konkrete Machtverhältnisse nicht berücksichtigt werden, folgt ja nicht, dass sie bei der *Anwendung* idealer Theorie zur Lösung praktischer Probleme ausgeblendet werden (Valentini 2009: 353). Das Gegenteil ist der Fall, da durch einen Vergleich mit dem Ideal nicht legitime Machtausübung überhaupt erst auffällt (Rawls 1999: 199). Durch die Nichtabbildung konkreter Machtverhältnisse im Urzustand können somit ideologische Positionen überhaupt erst systematisch identifiziert und kritisiert werden.

4.2 Ideale Theorie als Ideologie und die Rolle moralischer Intuitionen

Der zweite Kritikpunkt an idealer Theorie im Zusammenhang mit Ideologie betrifft die Rolle moralischer Intuitionen in moralphilosophischen Argumenten (Geuss 2011: 83). Laut Geuss sind moralische Intuitionen die Produkte historischer Machtkonfigurationen, spiegeln dementsprechend die Interessen der Mächtigen wider und seien deshalb ideologisch (ebd.: 101, 122). Geuss schlägt als Alternative vor, das idealththeoretische durch ein historisches Vorgehen zu ersetzen. Die Aufdeckung ihrer historischen Ursprünge sei die beste Methode, um bestehende Verhältnisse zu kritisieren (Geuss 2010: 426–427).

Um diese zweite Argumentationslinie untersuchen zu können, soll zunächst Geuss' Argument gegen die Validität moralischer Intuitionen rekonstruiert werden, um im Anschluss zu diskutieren, wie man mit den aufgeworfenen Problemen umgehen kann.

14 Natürlich können wir nicht mit Sicherheit sagen, welche Faktoren unveränderlich sind und welche nicht. Das ist allerdings an dieser Stelle auch nicht notwendig, denn hier geht es zunächst darum zu entscheiden, was die richtige Frage ist, die gestellt werden muss. Und das ist die Frage danach, welche Elemente der sozialen Ordnung auf welche Weise verändert werden können. Ich danke den Herausgebern für die Aufforderung, diesen Punkt klarer zu machen.

Das Argument gegen die Validität moralischer Intuitionen ist schon aus anderen Kontexten bekannt¹⁵ und sieht etwa folgendermaßen aus:

Prämisse 1: Die Interessen der Mächtigen sind moralisch irrelevant.

Prämisse 2: Für moralische Urteile gelten moralische Kriterien.

Prämisse 3: Moralische Intuitionen spiegeln die Interessen der Mächtigen wider.

Konklusion: Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass moralische Intuitionen zuverlässige Instrumente sind, um zu korrekten moralischen Urteilen zu gelangen.

Wenn moralische Intuitionen sozial formbar sind, stellen sie keine verlässliche Quelle für moralische Urteile dar. Man kann das Argument aber noch allgemeiner formulieren: Wenn es eine nichtmoralische Erklärung für den Inhalt moralischer Intuitionen gibt, dann stellt sich die Frage nach der Verlässlichkeit moralischer Intuitionen, sofern die nichtmoralischen Erklärungsfaktoren moralisch irrelevant sind (Singer 1974: 492; 1981: 69 ff.). Deshalb schlägt Geuss die genealogische Analyse moralischer Phänomene als alternative Methode der politischen Philosophie vor, was eine Ersetzung von Moralphilosophie durch die historische Analyse des Zustandekommens von Ideologie bedeutet (Geuss 2011: 77 ff.; 2005: 157–159; Freyenhagen/Schaub 2010: 463–464).

Geuss möchte demnach zeigen, dass moralische Intuitionen auf Interessen zurückführbar sind. Er argumentiert, dass genealogische Untersuchungen den Glauben an (ideologische) moralische Intuitionen beziehungsweise Urteile erschüttern (Geuss 2005: 158–159).

Das Argument sieht folgendermaßen aus:

Prämisse 1: Moralische Intuitionen haben historisch-kontingente soziale Ursachen.

Prämisse 2: Aus moralischen Intuitionen lassen sich ethische Urteile ableiten.

Prämisse 3: Genealogie deckt die historischen Ursachen moralischer Intuitionen auf.

Konklusion: Genealogie kann moralische Intuitionen und die hieraus resultierenden ethischen Urteile widerlegen und somit gute von schlechten Urteilen unterscheiden.¹⁶

Das Argument ist jedoch nicht überzeugend: Während sich Genealogie mit den Ursachen moralischer Phänomene beschäftigt, ist das eigentliche Argumentationsziel normativ. Wenn politische Philosophie einen praktischen und kritischen Nutzen haben soll, dann sollte sie zumindest die in der Konklusion genannten Funktionen erfüllen können. Genealogie bewegt sich aber hierfür auf der falschen argumentativen Ebene, weil eine normati-

15 Vgl. Berker (2009: 319–321) und Singer (1981: 68 ff.) für ähnliche Argumente bezüglich der Relevanz psychologischer und evolutionsbiologischer Forschung im Hinblick auf die Moralphilosophie.

16 Geuss (2011: 79) sieht zwei Möglichkeiten, wie sich politische Philosophie zu Ideologien verhalten kann: Sie kann entweder kritisch in Form von Ideologiekritik oder selbst ideologisch sein. Ideologiekritik hat das Ziel, „Ideologien zu entlarven, zu analysieren und womöglich aufzulösen“ (ebd.: 75). Ideologiekritik verfährt nach Geuss genealogisch, indem sie „die Abhängigkeit bestimmter Überzeugungen oder Wünsche von der Dauerhaftigkeit bestimmter Konfigurationen der Macht nachweist“ (ebd.: 79). Geuss gesteht aber an anderer Stelle ein, dass genealogische Argumente ethische beziehungsweise moralphilosophische Urteile nicht widerlegen können (Geuss 2005: 158; 2002: 31), zieht hieraus jedoch nicht die entsprechenden Konsequenzen für die politische Philosophie, nämlich dass seine Vorstellung einer politischen Philosophie basierend auf historischen Methoden unvollständig ist, weil sie ideologische Positionen gar nicht kritisieren kann. Wenn politische Philosophie die Funktion haben soll, Ideologien „aufzulösen“ (Geuss 2011: 79), dann müsste Geuss konsequenterweise voraussetzen, dass sein Ansatz ideologische Urteile widerlegen kann. Vgl. dazu auch Kelly (2011: 29).

ve Prämisse in dem Argument fehlt, die die historischen Ursachen der Entstehung einer moralischen Position für moralisch relevant erklärt.¹⁷ Eine solche Prämisse wäre beispielsweise:

Prämisse 4: Die historischen Ursachen moralischer Intuitionen sind entscheidend für deren Richtigkeit. Bestimmte Entstehungskontexte machen moralische Intuitionen und die hieraus abgeleiteten moralischen Urteile ungültig.

Prämisse 4 ist jedoch keine überzeugende Prämisse: Es gibt keinen Grund, die *Ursachen* moralischer Intuitionen als entscheidend für ihre Bewertung anzusehen und nicht ihren Inhalt (Singer 1981: 81). Daher sind die historischen Ursachen moralischer Phänomene für ihre Bewertung letztendlich irrelevant und Genealogie ist keine zentrale Methode der politischen Philosophie, wenn sie kritisch sein will: „To think, that history settles any first-order moral or normative political issue is to commit a category mistake“ (Kelly 2011: 35). Die entscheidende Frage ist vielmehr, ob ethische Urteile die jeweils relevanten normativen Kriterien erfüllen.

Das obige Argument zeigt jedoch nicht, dass eine *intuitive* Erkenntnis der Moral möglich ist: Der Zweifel an der Zuverlässigkeit moralischer Intuitionen bleibt bestehen, wenn nicht gezeigt werden kann, dass zum Beispiel unter anderem die historischen oder evolutionsbiologischen Ursachen moralischer Einstellungen und Intuitionen dazu führen, dass moralische Intuitionen auf *systematische* Weise korrekte moralische Urteile liefern.¹⁸ Daraus folgt jedoch nicht, dass politische PhilosophInnen sich in Zukunft stärker der *Erklärung* moralischer Phänomene widmen sollten. Historische Erklärungen bringen uns nicht weiter bei der Suche nach inhaltlichen Kriterien für korrekte moralische Urteile und liefern weder notwendige noch hinreichende Gründe für die Ablehnung moralischer Urteile. Deshalb sind die historisch-genealogische und die philosophische beziehungsweise idealtheoretische Methode eher komplementär und nicht konträr, da sie verschiedene Funktionen erfüllen (ebd.: 37).

Das obige Argument zeigt, dass genealogische Verfahren nicht geeignet sind, konkrete Urteile zu kritisieren oder Gesellschaftskritik zu üben. Damit konnte der positive Teil von Geuss' Position in Zweifel gezogen werden. Die skeptische Position, die im Folgenden behandelt werden soll, konnte jedoch noch nicht widerlegt werden: Möglicherweise sind nicht nur Intuitionen problematisch, sondern jegliche Methode der Moralphilosophie.

Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten, wie man den Einfluss von Ideologie auf die moralischen Grundprämissen idealer Theorie konzipieren kann:

17 Vgl. Berker (2009: 322) und Singer (1981: 80) für ähnliche Beispiele in Bezug auf die Relevanz neurowissenschaftlicher beziehungsweise evolutionsbiologischer Erkenntnisse für die Moralphilosophie.

18 Hierfür würde man zudem moralphilosophische Argumente benötigen, auf deren Grundlage eine Bewertung moralischer Intuitionen möglich ist, sonst begeht man erneut einen Kategorienfehler (Kelly 2011: 35). Ein Beispiel für eine solche Argumentation findet sich bei Singer (1981): Singer verwendet das Unparteilichkeitskriterium und vergleicht dies mit Faktoren kultureller und biologischer Evolution, die zur Herausbildung bestimmter moralischer Intuitionen geführt haben. Er zeigt, dass diese evolutionären Faktoren nur eine begrenzte Berücksichtigung insbesondere der Interessen Fremder fördern (Singer 1981: 49–53). Nur mit dem normativen Unparteilichkeitskriterium im Hintergrund kann begründet werden, dass moralische Intuitionen keine zuverlässige moralphilosophische Methode darstellen, da evolutionäre Faktoren dazu geführt haben, dass moralische Intuitionen Urteile liefern, die *nicht* dem Unparteilichkeitskriterium entsprechen (ebd.: 84). Alternativ schlägt Singer ethische Deliberation vor: „Ethical reasoning, once begun, pushes against our initially limited ethical horizons, leading us always toward a more universal point of view.“ (ebd.: 119).

- 1) *Ideologischer Determinismus*: In dieser Variante ist Denken außerhalb der ideologisch vorgefertigten Muster nicht möglich. In diesem Fall wären allerdings nicht nur moralische Intuitionen betroffen, sondern alle Wissensbereiche.
- 2) *Ideologischer Indeterminismus*: Ideologien können das Denken beeinflussen, allerdings nicht vollständig. Hier könnte die Art, wie Wissen produziert wird, einen Unterschied machen.

Geht man von 1) aus, dann ist jegliche, auch nur minimal objektive, Wissenschaft und auch das Projekt der Ideologiekritik selbst zum Scheitern verurteilt (vgl. Celikates 2006: 30), da unter diesen Umständen andere Gründe als die Durchsetzung der Interessen der InhaberInnen von Machtpositionen keine Rolle bei der Formulierung von Aussagen spielen.

Geht man hingegen von 2) aus, dann stellt sich die Frage, wie man ideologischem Denken in der Moralphilosophie am besten entgegen gehen kann. Da die empirischen Erkenntnisse bezüglich der Entstehung moralischer Intuitionen und Werte argumentativ auf der falschen Ebene angesiedelt sind und dementsprechend keine Gründe für oder wider eine ethische Position liefern können, stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage normative politische Philosophie operieren sollte.

Es liegt vor diesem Hintergrund nahe, sich nicht allein auf moralische Intuitionen beziehungsweise den moralischen *common sense* zu verlassen, sondern diese durch ein systematischeres Vorgehen zu ersetzen oder zu ergänzen, wie es auch weithin schon in ähnlicher Form propagiert wird (vgl. Marx 2012; McDermott 2008; Singer 2005; Birnbacher 2003: 406 ff.; Rawls 1999: 40–46; Zimmerling 1996: 72 ff.; Singer 1981: 119): Voraussetzungen von Argumenten sollten offengelegt und Aussagen präzise und intersubjektiv nachvollziehbar formuliert werden. Auf der Basis von grundlegenden Prämissen ethischer Argumentation – wie Universalisierbarkeit, Unparteilichkeit und Nicht-Relativismus (Marx 2012; Zimmerling 1996: 73 ff.; Fishkin 1984: 95) – kann der moralische *common sense* kritisiert werden. Ideale Theoriebildung ist hierfür ein gutes Instrument, da die empirischen und normativen Prämissen moralischer Argumente offengelegt und somit intersubjektiv kritisierbar werden. Auf diese Weise entsteht ein Rechtfertigungsdruck für ideologische Annahmen.

Im Folgenden werde ich exemplarisch Rawls' Verfahren des Überlegungsgleichgewichts und das Gedankenexperiment des Urzustands als Beispiele für ein solches Vorgehen und Geuss' Einwände dagegen untersuchen. Es soll diskutiert werden, ob Rawls' Vorstellung eines Überlegungsgleichgewichts, in Verbindung mit dem Gedankenexperiment des Urzustands, theoretische Restriktionen liefern kann, die ideologisches Denken filtern kann.

4.3 Die Rolle des Überlegungsgleichgewichts bei der Formulierung ethischer Konstruktionsannahmen

Rawls' Verfahren des Überlegungsgleichgewichts formuliert Bedingungen, die normative Argumentationen und moralische Urteile erfüllen müssen. Ziel des Verfahrens ist die Herstellung von Kohärenz zwischen moralischen Urteilen verschiedener Abstraktionsgrade (Scanlon 2003: 145). Damit spezifische Urteile überhaupt für dieses Verfahren zugelassen werden, müssen sie bestimmte Bedingungen erfüllen.¹⁹ Sie müssen aus einer

19 Geuss wirft Rawls immer wieder eine starke Fundierung seiner Theorie in Intuitionen vor (zum Beispiel Geuss 2011: 83, 98, 101), ähnlich argumentiert Singer (1974). Die hier vertretene Interpretation von

unparteilichen Perspektive formuliert werden und es sollte ein möglichst geringes persönliches Interesse vorhanden sein. Auch starke Emotionen können zu Verzerrungen der Urteile führen (Rawls 1999: 42). Anschließend sollen die Urteile auf verschiedenen Ebenen der Abstraktion so modifiziert werden, dass keine Widersprüche mehr auftreten. Hierbei werden die Urteile idealerweise mit allen relevanten Argumenten konfrontiert (ebd.: 43).

Für die theoriegeleitete Suche nach einem Überlegungsgleichgewicht²⁰ schlägt Rawls ein Gedankenexperiment, den schon in den vorhergehenden Abschnitten genannten Urzustand, vor: Diejenigen Prinzipien gelten als gerechtfertigt, die von Individuen, die nichts über ihre Position in der Gesellschaft oder ihre individuellen Präferenzen wissen, rational gewählt würden (ebd.: 118–130). Der Urzustand spielt eine große Rolle bei Rawls' Kritik an moralischen *common sense*-Urteilen bei der Suche nach einem Überlegungsgleichgewicht (vgl. Scanlon 2003: 157), was gegen Geuss' Behauptung von der großen Rolle unreflektierter moralischer Intuitionen in Rawls' Theorie spricht (vgl. Geuss 2011: 83, 98, 101).

Am Beispiel des Urzustandes kann man gut sehen, wie Geuss' Forderung nach Realismus (siehe Abschnitt 4.1) fehlerhaft ist. Würde man den Urzustand realistisch gestalten, dann würde das Gedankenexperiment seinen kritischen Charakter verlieren und tatsächlich Prinzipien im Interesse derjenigen produzieren, die über größere Verhandlungsmacht verfügen.

Geuss kritisiert den Urzustand durch Wiederholung des bekannten Arguments (vgl. Mulhall/Swift 2003: 464–466), dass man in Bezug auf den Urzustand nicht von einer individuellen Wahl sprechen kann, da die RepräsentantInnen im Urzustand nicht über eigene Wertvorstellungen und Persönlichkeiten verfügen (Geuss 2011: 99–100).

Das Gedankenexperiment soll aber gerade *nicht* die Entscheidungen und Verhandlungen echter Personen hinter dem Schleier des Nichtwissens darstellen:

„The Original Position is rather designed to model the normative claim that it is appropriate to exclude certain considerations of reasons when it comes to thinking about social justice. The constraints of the original position are thus epistemological and moral rather than metaphysical; they reflect Rawls's view that justice requires that people be treated as equal and as free.“ (Mulhall/Swift 2003: 465)

Man könnte nun Geuss' Kritik dahingehend umformulieren, dass man fragt, ob durch das Weglassen bestimmter Aspekte der Persönlichkeit relevante Aspekte der Realität ignoriert werden. Da die RepräsentantInnen im Urzustand allerdings über allgemeines psychologisches und soziologisches Wissen verfügen und insbesondere wissen, dass Personen verschiedene Konzeptionen des Guten verfolgen, werden gerade die Aspekte, die Geuss vermisst, beachtet (Rawls 2001: 19, 86–88; 1999: 122–126).

Selbstverständlich ist die Orientierung an einem Gedankenexperiment keine Garantie dafür, dass man alle ideologischen Vorurteile in unseren normativen Vorstellungen aufdecken kann (Geuss 2011: 122; Freyenhagen/Schaub 2010). Eine Erfolgsgarantie gibt es

Rawls weicht davon jedoch ab: Intuitionen werden von Rawls nicht als Daten interpretiert, an die sich Theorien anzupassen haben. Vgl. Scanlon (2003: 151) für diese Interpretation. Außerdem spricht Rawls nicht von moralischen Intuitionen, sondern von „considered judgments“ (Rawls 1999: 42).

20 Natürlich sind auf der Suche nach einem Überlegungsgleichgewicht bei Konflikten zwischen überlegten Urteilen und dem Urzustandsmodell, oder Widersprüchen zwischen überlegten Urteilen und Deduktionen aus dem Urzustandsmodell, auch Modifikationen am Urzustand zulässig, wenn für die widersprechenden Urteile, auch nach Konfrontation mit anderen Argumenten, weiterhin gute Gründe anhand der oben genannten Kriterien angeführt werden können (ebd.: 18, 43).

aber auch mit anderen Verfahren nicht. Die Frage ist, welche Methode oder welche Kombination an Methoden eher zum Erfolg führen. In Abschnitt 4.2 konnte gezeigt werden, dass Geuss' historische Methode nicht geeignet zur Kritik von moralischen Urteilen ist. Meine These lautet, dass eine Orientierung an abstrakten Argumenten, wie Rawls' Urzustand, bessere Dienste bei der Kritik normativer Positionen leisten kann als eine historische Rekonstruktion der Ursprünge moralischer Vorstellungen. Eine solche historische Untersuchung kann zwar eine gute Ergänzung darstellen, indem sie die historische Variabilität von Moralvorstellungen aufzeigt; sie kann allerdings keine relevanten Gründe für oder wider die Gültigkeit eines moralischen Urteils liefern. Rawls' Urzustand stellt hingegen eine effektivere Heuristik dar, um moralische Urteile auf ihre Parteilichkeit hin zu überprüfen. Pablo Gilabert drückt diesen Gedanken folgendermaßen aus:

„Ambitious theorizing about justice, including ideal theories of a just society, clearly has a role in public reasoning. It mobilizes people's political imagination and their ability to develop deep challenges to the status quo.“ (Gilabert 2011: 16)

Feministische TheoretikerInnen konnten beispielsweise erkennen, dass Rawls' Argumentation bezüglich der Gerechtigkeit familiärer Strukturen – gemessen an den im Rahmen des Urzustands formulierten Standards – nicht plausibel ist. So konnten Widersprüchlichkeiten von Rawls' Position im Hinblick auf die Rolle der Familie aufgezeigt und die konkreten Urteile in dieser Frage verbessert werden (Nussbaum 2003: 501–502).

Eine Forderung betreffs der Urteile, die in ein Überlegungsgleichgewicht eingehen, ist, dass sie auf der Basis der relevanten Fakten gefällt werden sollten (Scanlon 2003: 143). Ideale Theorie besteht aus moralischen und empirischen Konstruktionsannahmen. Die Adäquatheit beider Komponenten ist notwendig, um ideale Institutionendesigns zu entwerfen. Rawls verweist etwas nebulös auf anerkannte Methoden und Verfahren der Wissensproduktion, wenn es um die Feststellung empirischer Restriktionen geht (Rawls 1999: 188). Aus Platzgründen, und weil Geuss hierzu wenig sagt, werde ich mich mit dieser Frage hier nicht ausführlich beschäftigen. Allerdings begeht man bei der Verwendung genealogischer Argumente, auch bei der Diskussion um adäquate empirische Konstruktionsannahmen, einen Kategorienfehler.²¹

Bisher konnte noch nicht gezeigt werden, dass ideale Theorie eine produktive Rolle bei der Formulierung praktischer Empfehlungen spielen kann. Und wenn ideale Theorie hierfür irrelevant ist, lenkt sie die Aufmerksamkeit von wichtigen politischen Fragen ab (Geuss 2011: 95). Geuss behandelt diese Frage jedoch nur am Rande (vgl. Geuss 2011: 31–32). Sen dagegen diskutiert dies ausführlich, weshalb im folgenden Abschnitt Sens Kritik diskutiert werden soll.

5. Die Nützlichkeit idealer Theorie unter nichtidealen Bedingungen

Für Sen ist es das Hauptziel politischer Philosophie, Rangordnungen verfügbarer Handlungsalternativen zu erstellen (Sen 2009: ix). Zur Formulierung solcher Rangordnungen

21 Für ein Verfahren im Sinne des kritischen Rationalismus siehe Poppers „Stückwerk-Technik“ (Popper 2003: 52–53). Bezüglich des Arguments, dass hierdurch eher bewährte Institutionendesigns berücksichtigt werden, wodurch eine konservative Verzerrung entsteht, und zu plausiblen Lösungsmöglichkeiten auf der Basis sozialwissenschaftlicher Theorien und Modelle vgl. Cohen (2009: 57–79) und allgemeiner die Beiträge in Goodin (1995b).

sei ideale Theorie nicht geeignet (ebd.: 15 f.), sie sei nur praxisrelevant, wenn man die idealen Institutionen in *einem* Schritt direkt realisieren könne, was aufgrund der offensichtlichen Diskrepanz zwischen Ideal und Realität unrealistisch sei (Sen 2009: 100). Hierbei übersieht Sen jedoch den Unterschied zwischen idealen Institutionen und idealen Prinzipien. Beispielsweise ordnen die Prinzipien von Rawls Situationen anhand der Ausstattung der BürgerInnen mit Grundgütern, so dass sich auf dieser Grundlage eine Rangordnung verfügbarer institutioneller Alternativen erarbeiten lässt (vgl. Gilabert 2011: 7–8, 12).

Dies schließt jedoch nicht aus, dass es neben der Ableitung aus idealer Theorie auch andere Möglichkeiten geben kann, Rangordnungen verfügbarer Alternativen zu formulieren. Dementsprechend behauptet Sen, dass ideale Theorie nicht notwendig sei, um praktische Empfehlungen zu erarbeiten (Sen 2009: 101–102). Das begründet er damit, dass die Identifikation einer zum jetzigen Zeitpunkt nicht realisierbaren Option keine Auswirkung auf die Bewertung der realisierbaren Alternativen habe (ebd.). Das ist aber nicht der Fall: Die Formulierung einer idealen Alternative ist notwendig, um vernünftige Abwägungen zwischen den verfügbaren Alternativen vornehmen zu können. Hierfür möchte ich basierend auf ähnlichen Überlegungen von Simmons (2010: 24), Gilabert (2011: 9) und Stemplowska (2008: 332) folgendes Argument anführen:

- Normative Prämisse: Eine Entscheidung über verfügbare Handlungsalternativen sollte bestimmten *Rationalitätsstandards* genügen, unter anderem dass Auswirkungen einer Entscheidung auf die Zukunft berücksichtigt werden.
- Empirische Prämisse: Die Entscheidung zwischen zwei politischen Optionen x und y hat nicht nur unmittelbare Effekte, sondern beeinflusst auch den politischen Spielraum für die Zukunft (*Pfadabhängigkeit*²²).

Hieraus folgt, dass ohne die Vorstellung eines langfristigen Ziels, das durch ideale Theorie formuliert wird, keine vernünftige Diskussion von politischen Optionen möglich ist: Eine Entscheidung für eine bestimmte *policy* sollte immer auch die Auswirkungen auf die Erreichbarkeit noch besserer Gesellschaftsordnungen berücksichtigen.²³ Hierfür muss jedoch bekannt sein, wie eine solche ideale Gesellschaftsordnung aussieht. Eine *policy*, die vielleicht unter aktuellen Bedingungen die optimale Lösung für ein Problem darstellt, könnte die Möglichkeit verschließen, noch bessere Optionen in der Zukunft zu implementieren oder deren Implementierung schwieriger und unwahrscheinlicher machen (Simmons 2010: 24; Swift 2008: 375; Gilabert 2011: 9–11).

Allerdings stellt sich an dieser Stelle das *second-best*-Problem (Schaub 2010: 399; Swift 2008: 375–378). Darunter ist Folgendes zu verstehen: Wenn der direkte ‚Sprung‘ in eine dem Ideal vollständig entsprechende Gesellschaft nicht möglich ist, kann aufgrund des *second-best*-Problems der Grad der Ähnlichkeit der realisierbaren nichtperfekten Alternativen zum Ideal *nicht* als Entscheidungskriterium verwendet werden (Brennan/Pettit 2007: 259–260). Das Problem stellt sich, wenn ein Ideal in Form von konkreten Institutionendesigns (ideale Institutionen) und theoretischen Annahmen über deren Funktionieren formuliert ist. Das Ideal wurde aufgrund der Erfüllung normativer Kriterien, die sich auf Konsequenzen beziehen, gewählt. Wenn aber eine der Annahmen oder eine der institutionellen Bedingungen nicht erfüllt ist, lässt sich nicht mehr vom Grad der Ähnlichkeit der

22 Vgl. North (1990: 93 ff.).

23 Das bedeutet nicht, dass die langfristigen Auswirkungen immer entscheidend sind. Das Argument legt nur nahe, dass langfristige Auswirkungen relevant sind und berücksichtigt werden sollten.

Realität zu den Annahmen über die Realität – oder vom Grad der Ähnlichkeit der realisierten Institutionen zu den idealen Institutionen – auf den Grad der Erfüllung der normativen Kriterien schließen (Brennan/Pettit 2007: 259–260).

Was bedeutet dieses Problem für die Nützlichkeit idealer Theorie zur Bewertung von *policy*-Optionen, wenn die Realisierung aller Komponenten eines Ideals direkt nicht möglich ist? Zumindest ist nicht ohne weitere empirische Analyse garantiert, dass eine Annäherung an das Ideal (im Sinne idealer Institutionen) die zugrundeliegenden normativen Kriterien besser erfüllt als eine Option, die weiter vom Ideal entfernt ist.

Das Problem stellt sich jedoch nicht, wenn man einen Schritt zurückgeht und die zugrundeliegenden idealen Prinzipien zur Bewertung der nichtidealen Alternativen verwendet.²⁴ Prinzipien sind als Normen zu verstehen,

„die gebieten, daß etwas in einem relativ auf die [...] tatsächlichen Möglichkeiten möglichst hohen Maße realisiert wird. Prinzipien sind demnach *Optimierungsgebote*, die dadurch charakterisiert sind, daß sie in unterschiedlichen Graden erfüllt werden können“ (Alexy 1996: 75–76, Hervorhebung im Original).

Solange man ideale Prinzipien als Optimierungsgebote in diesem Sinne versteht, lassen sich verschiedene *policy*-Optionen unter nichtidealen Umständen bewerten, ohne dass *second-best*-Probleme auftreten (vgl. Swift 2008: 376). Da ideale Theorien aus Prinzipien und Institutionendesigns bestehen, kann das Problem auf der Grundlage idealer Theorie bearbeitet werden.

Ein weiteres Argument für die Verwendung idealer Theorie ist, dass die Betrachtung isolierter Bereiche (zum Beispiel nur sozialstaatlicher Institutionen oder nur des Bildungssektors) aufgrund von institutionellen Komplementaritäten²⁵ zwischen verschiedenen Bereichen zu Fehlentscheidungen führen kann (Boot 2011: 6; Swift 2008: 375): Man muss beispielsweise die Auswirkungen von Sozialstaatskürzungen auf die Kooperationsbereitschaft von Beschäftigten in Bezug auf den Erwerb von firmenspezifischen Qualifikationen beachten (Hall/Soskice 2001: 27).

6. Fazit

Die in den vorangehenden Abschnitten vorgestellte Kritik von Geuss und Sen hat sich als nicht überzeugend erwiesen, wenn man sie auf Rawls' Vorstellung idealer Theorie, wie sie hier rekonstruiert wurde, bezieht. Das liegt daran, dass dieses Verständnis von idealer Theorie eine starke Integration normativer und positiver Theorie impliziert.

Bei der Diskussion von Sens Kritik hat sich gezeigt, dass normative Theorie stärker durch empirische Forschung informiert werden muss, wenn auf der Grundlage von idealer Theorie praktische Empfehlungen formuliert werden sollen. Es wird die Aufgabe zukünftiger Forschung sein, konkrete idealtheorietische institutionelle Designs zu erarbeiten und Wege zu ihrer Realisierung aufzuzeigen.

24 Etwas Ähnliches schlägt Swift (2008: 376) vor; nämlich auf die der idealen Theorie zugrundeliegenden Werte zurückzugreifen, um die nichtidealen Optionen zu bewerten. Übertragen auf das hier zugrunde gelegte Modell von idealer Theoriebildung hieße das entweder auf der Basis der moralischen Konstruktionsannahmen mit anderen empirischen Konstruktionsannahmen eine neue, weniger ideale Theorie zu konstruieren, oder, wie oben erwähnt, auf die idealen Prinzipien zurückzugreifen.

25 Eine institutionelle Komplementarität liegt vor, wenn das Vorhandensein einer Institution die Effizienz einer anderen erhöht (Hall/Soskice 2001: 17).

Literatur

- Alexy, Robert, 1996: *Theorie der Grundrechte*, 3. Auflage, Frankfurt (Main).
- Barry, Brian, 1989: *Theories of Justice. A Treatise on Social Justice*, Volume I, Berkeley.
- Berker, Selim, 2009: The Normative Insignificance of Neuroscience. In: *Philosophy & Public Affairs* 37, 293–329.
- Birnbacher, Dieter, 2003: *Analytische Einführung in die Ethik*, Berlin.
- Boot, Martijn, 2011: The Aim of a Theory of Justice. In: *Ethical Theory and Moral Practice*, Online First, DOI 10.1007/s10677-011-9308-5, 1–15.
- Brennan, Geoffrey / Pettit, Philip, 2007: The Feasibility Issue. In: Frank Jackson / Michael Smith (Hg.), *The Oxford Handbook of Contemporary Philosophy*, Oxford, 258–279.
- Celikates, Robin, 2006: From Critical Social Theory to a Social Theory of Critique: On the Critique of Ideology after the Pragmatic Turn. In: *Constellations* 13, 21–40.
- Cohen, Gerald A., 2009: *Why not Socialism?* Princeton.
- Estlund, David M., 2008: *Democratic Authority. A Philosophical Framework*, Princeton.
- Farrelly, Colin, 2007: Justice in Ideal Theory: A Refutation. In: *Political Studies* 55, 844–864.
- Fishkin, James S., 1984: *Beyond Subjective Morality. Ethical Reasoning and Political Philosophy*, New Haven.
- Freyenhagen, Fabian / Schaub, Jörg, 2010: Hat hier jemand gesagt, der Kaiser sei nackt? Eine Verteidigung der Geuss'schen Kritik an Rawls' idealtheoretischem Ansatz. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 457–477.
- Geuss, Raymond, 2002: *Privatheit. Eine Genealogie*, Frankfurt (Main).
- Geuss, Raymond, 2005: *Outside Ethics*, Princeton.
- Geuss, Raymond, 2008: *Philosophy and Real Politics*, Princeton.
- Geuss, Raymond, 2010: Realismus, Wunschdenken, Utopie. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 419–429.
- Geuss, Raymond, 2011: *Kritik der politischen Philosophie. Eine Streitschrift*, Hamburg.
- Gilbert, Pablo, 2011: Comparative Assessments of Justice, Political Feasibility, and Ideal Theory. In: *Ethical Theory and Moral Practice*, Online First, DOI 10.1007/s10677-011-9279-6, 1–18.
- Goodin, Robert E., 1995a: Political Ideals and Political Practice. In: *British Journal of Political Science* 25, 37–56.
- Goodin, Robert E., 1995b: *The Theory of Institutional Design*, Cambridge.
- Hall, Peter A. / Soskice, David, 2001: Introduction. In: Peter A. Hall / David Soskice (Hg.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford, 1–68.
- Kelly, Paul, 2011: Rescuing Political Theory from the Tyranny of History. In: Jonathan Floyd / Marc Stears (Hg.), *Political Philosophy versus History? Contextualism and Real Politics in Contemporary Political Thought*, Cambridge, 13–38.
- Marx, Johannes, 2012: Geistige Eigentumsrechte als Problem der Internationalen Gerechtigkeit. Metatheoretische Anmerkungen zum Rechtfertigungsproblem geistiger Eigentumsrechte. In: Regina Kreide / Claudia Landwehr / Katrin Toens (Hg.), *Demokratie und Gerechtigkeit in Verteilungskonflikten*, Baden-Baden, 283–313.
- Mason, Andrew, 2010: Rawlsian Theory and the Circumstances of Politics. In: *Political Theory* 38, 658–683.
- McDermott, Daniel, 2008: Analytical Political Philosophy. In: David Leopold / Marc Stears (Hg.), *Political Theory: Methods and Approaches*, Oxford, 11–29.
- Mulhall, Stephen / Swift, Adam, 2003: Rawls and Communitarianism. In: Samuel Freeman (Hg.), *The Cambridge Companion to Rawls*, Cambridge, 460–487.
- Nussbaum, Martha C., 2003: Rawls and Feminism. In: Samuel Freeman (Hg.), *The Cambridge Companion to Rawls*, Cambridge, 488–520.
- North, Douglass C., 1990: *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge.
- Popper, Karl R., 2003: *Das Elend des Historizismus*, 7. Auflage, Tübingen.
- Rawls, John, 1999: *A Theory of Justice. Revised Edition*, Cambridge.
- Rawls, John, 2001: *Justice as Fairness. A Restatement*, Cambridge.

- Scanlon, Thomas M., 2003: Rawls on Justification. In: Samuel Freeman (Hg.), *The Cambridge Companion to Rawls*, Cambridge, 139–167.
- Schaub, Jörg, 2010: Ideale und/oder nicht-ideale Theorie – oder weder noch? Ein Literaturbericht zum neuesten Methodenstreit in der politischen Philosophie. In: *Zeitschrift für philosophische Forschung* 64, 393–409.
- Sen, Amartya, 1982: *Choice, Welfare and Measurement*, Cambridge.
- Sen, Amartya, 2006: What Do We Want from a Theory of Justice? In: *The Journal of Philosophy* 103, 215–238.
- Sen, Amartya, 2009: *The Idea of Justice*, Cambridge.
- Simmons, John A., 2010: Ideal and Nonideal Theory. In: *Philosophy & Public Affairs* 38, 5–36.
- Singer, Peter, 1974: Sidgwick and Reflective Equilibrium. In: *Monist* 58, 490–517.
- Singer, Peter, 1981: *The Expanding Circle. Ethics, Evolution, and Moral Progress*, Princeton.
- Singer, Peter, 2005: Ethics and Intuitions. In: *The Journal of Ethics* 9, 331–352.
- Stemplowska, Zofia, 2008: What's Ideal About Ideal Theory? In: *Social Theory and Practice* 34, 319–340.
- Swift, Adam, 2008: The Value of Philosophy in Nonideal Circumstances. In: *Social Theory and Practice* 34, 363–387.
- Valentini, Laura, 2009: On the Apparent Paradox of Ideal Theory. In: *The Journal of Political Philosophy* 17, 332–350.
- Wiens, David, 2012: Prescribing Institutions without Ideal Theory. In: *The Journal of Political Philosophy* 20, 45–70.
- Zimmerling, Ruth, 1996: Wissenschaft und Verantwortung. Ist die traditionelle Gegenüberstellung von empirischer und normativer Wissenschaft haltbar? In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 6, 51–82.